

Beschlussvorlage

Federführende Stelle: 101 Sachbearbeitung: Brandenburger	Drucksache Nr.: 52/2025 Az.: 000.98
---	--

An der Vorlagenerstellung beteiligte Stellen

--

Beratungsfolge	Termin	Beratung	Kennung	Abstimmung
Verwaltungs- und Vorlagenkonferenz	25.03.2025	vorberatend	nichtöffentlich	Freigabe
Haupt- und Personalausschuss	07.04.2025	vorberatend	nichtöffentlich	Einstimmig
Gemeinderat	28.04.2025	beschließend	öffentlich	

Betreff:

Solidarpartnerschaft mit der Gebietsgemeinde Kalusch in der Ukraine
- unbefristete Verlängerung des Memorandums

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der unbefristeten Verlängerung des Memorandums mit der Gebietsgemeinde Kalusch in der Ukraine über eine Solidarpartnerschaft zu.

Zusammenfassende Begründung:

Das Memorandum über eine Solidarpartnerschaft mit der Gebietsgemeinde Kalusch in der Ukraine wurde zunächst für ein Jahr geschlossen.

Sachdarstellung

Aktuelle Situation und Handlungsnotwendigkeit:

Am 8. März 2024 unterzeichneten Oberbürgermeister Ibert und sein Amtskollege Andrii Naida der Gebietsgemeinde Kalusch aus der Ukraine ein Memorandum zur Begründung einer Solidarpartnerschaft. Diese ist zunächst auf ein Jahr befristet.

Das Memorandum zielt darauf ab, partnerschaftliche Beziehungen auf der Grundlage einer gleichberechtigten und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu entwickeln und zu unterstützen.

Der Zweck dieses Memorandums ist die Schaffung von gegenseitigem Verständnis und einer solidari-schen Partnerschaft, aus der sich eine dauerhafte Freundschaft zwischen den beiden Parteien entwi-ckeln kann. Dieses Ziel wird durch die Stärkung der Verbindungen in den Bereichen Wirtschaft, grüne Energie, Medizin, Wissenschaft, Bildung, Kultur und dem Wissens- und Erfahrungsaustausch bei der Entwicklung der Stadtgebietsgemeinde Kalusch und der Stadt Lahr/Schwarzwald angestrebt.

Dieses Memorandum soll die Basis dafür bieten, dass sich die Parteien in Krisensituationen gegenseitig unterstützen und Hilfestellungen, insbesondere humanitärer und technischer Art, zur Krisenbewältigung leisten, soweit dies im konkreten Einzelfall sinnvoll, angemessen und gewünscht ist.

Die Parteien streben an, im Krisenfall, aber auch im Rahmen der allgemeinen weiteren Zusammenar-beit, gemeinsame Treffen zu unterstützen zwischen:

- Vertretern der Politik und Verwaltung;
- Spezialisten auf dem Gebiet der Medizin;
- Lehrern und anderen Fachleuten im Bereich Bildung, Kultur, Tourismus;
- Schülern von Schulen;
- Sportvereinen und Sportlern;
- Vereinen aus anderen Bereichen wie etwa Musik, Kultur und Soziales;
- Vertretern aus dem Bereich der Wirtschaft und grüne Energie.

Maßnahmen:

Der Krieg dauert seit über drei Jahren an und durch die aktuelle weltpolitische Lage ist die Situation für die Betroffenen in der Ukraine weiterhin in einer außerordentlich schwierigen und existenzbedrohenden Lage. Die Verwaltung schlägt vor, die Solidarpartnerschaft der Stadt Lahr mit der Gebietsgemeinde Kalusch unbefristet fortzuführen.

Die Solidarpartnerschaft ist ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung in Kalusch und auch für den Verein „Gemeinsam Europa e.V.“.

Markus Ibert
Oberbürgermeister

Friederike Ohnemus
Abteilungsleitung Ratsarbeit, Marketing und
Internationales

Anlage(n):

Anlage 0

Hinweis:

Die Mitglieder des Gremiums werden gebeten, die Frage der Befangenheit selbst zu prüfen und dem Vorsitzenden das Ergebnis mitzuteilen. Ein befangenes Mitglied hat sich in der öffentlichen Sitzung in den Zuhörerbereich zu begeben und in der nichtöffentlichen Sitzung den Beratungsraum zu verlassen. Einzelheiten sind dem § 18 Abs. 1-5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg zu entnehmen.